

An mich ist die Ehre angetragen worden, die konstituierende Sitzung der 10. Legislaturperiode, als Alterspräsident des Kreistages des Landkreises Darmstadt-Dieburg zu eröffnen.

Gerne komme ich diesem Amt nach, wobei mir erst jetzt einmal so richtig bewusst geworden ist, welches Alter man schon erreicht hat und welche Höhen und Tiefen ich in meinem Leben durchschritten habe.

Obgleich ich mit meinen 75 Jahren noch nicht einmal der Ältteste Alterspräsident bin, dem in unserer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dieses Amt zugefallen ist.

So ist es mir eine angenehme Pflicht,

- Herr Landrat Klaus-Peter SCHELLHAS,
- meine Damen und Herren Abgeordnete,
- verehrte Gäste und Mitarbeiter der Kreisverwaltung,
- sowie die Vertreter der Presse,

und last but not least

- Herrn Dr. Jan Hilligardt vom Hessischen Landkreistag.

Sie alle möchte ich, heute, am 02.Mai 2016, im Sitzungssaal des Landratsamtes Darmstadt-Dieburg in Kranichstein recht herzlich begrüßen.

Für mich persönlich gilt, obwohl ich diese konstituierende Sitzung eröffnen darf, dass ich in diesem Hause neu bin und mit Ihnen gemeinsam entsprechend der Hessischen Kommunalverfassung für die nächsten fünf Jahre angetreten bin, die Weichenstellungen des Landkreises zu treffen und die Verwaltung und Geschäftsführung des Kreisausschusses zu überwachen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie alle auch bitten, mir und meiner Fraktion am Anfang der Legislaturperiode, Fehler bei unserer Unerfahrenheit etwas nachzusehen, wir sind beinahe alle Neulinge in diesem Politikgeschäft und sind dankbar, dass wir auf Ihre Arbeit aus den vergangenen Jahren und auf Ihre Erfahrungen aufbauen können.

Nicht versäumen möchte ich aber auch, die noch immer sehr niedrige Wahlbeteiligung anzusprechen. Laut den Ergebnissen der letzten Kreistagswahl haben weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten, nämlich 48,8% und wenn man die ungültigen Stimmen mit einbezieht, sind es sogar 53,4% der Wähler, die man nicht mehr erreicht und die ihr Wahlrecht nicht beanspruchen wollen. Leider sinkt die Wahlbeteiligung in Folge, und ist bei jeder weiteren Wahl rückläufig. Auch gegenüber der letzten Wahl ist dieser Tendenz zu Tage getreten. Dies müsste für alle demokratisch gewählten Parteien ein Problem erster Güte sein.

Bei uns wird dieser Trend mit Sorge registriert.

„Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung mit des Volkes mit“
So steht es im GG in Art. 21 (Parteien)

Was ist dagegen die Realität:

Die Parteien gestalten vorwiegend die Meinungsbildung.

- Wie auch immer steht über allen Aussagen die politische Correctness.
- Die darin aufgezeigten Grenzen sollte man tunlichst nicht überschreiten.
- Menschen die nicht den offiziellen Mainstream akzeptieren werden oft sozial ausgegrenzt,
- Der welcher unbequeme Entscheidungen formuliert wird oft mundtot gemacht und die Gedanken auf das Abstellgleis geschoben.

So wird wo eine gründliche Diskussion nötig wäre, diese im Keim erstickt und die dann getroffenen Entscheidungen werden dem Wähler (z.B.) als „Alternativlos“ erklärt.

Damit ist ja eigentlich jede weitere Diskussion ausgeschlossen, das ist dann einfach FAKT.

Da wir ja alle mündige Staatsbürger sind, sollten die

„notwendigen Entscheidungen“

direkt angesprochen werden, auch wenn es erst einmal wehtut.

Der Bürger hat die Defizite meist viel früher erkannt und wundert sich, dass dann **solche** Entscheidungen getroffen werden, auch wenn wichtige Gesetze dabei ohne Diskussion außer Kraft gesetzt werden.

Der Gesetzestreue Bürger wird bei den kleinsten Überschreitungen oft hart bestraft, in anderen Bereichen aber wird, womöglich dabei noch nicht einmal ermittelt.

Der Wähler ist eben schlauer als es die Politik ihm das zutraut.

Viele Menschen haben es satt, dass in der parlamentarischen Arbeit immer öfter ausgewichen wird, in politische Phrasen und Polemik, in Ideologien und parteiliches taktieren, oder - noch schlimmer - in ein

Sowohl als auch.

Dabei haben wir in unserer kommunalen Verantwortung den Vorteil, aber auch den Auftrag unsere Entscheidungen wirklich mehr bürgernah lösen zu können. Je Bürgernäher diese Entscheidungen in der Mehrheit mit dem Bürger gefällt werden, umso mehr identifiziert sich der Souverän damit.

Ich denke wir könnten oder sollten das Subsidiaritätsprinzip öfter anwenden. Gerade der Kreistag und der Gemeinderat braucht mehr öffentliche Achtung und Beachtung, denn auf die Kommunalpolitik baut sich ja unser ganzes Staatswesen auf.

Meine Fraktion denkt, die Bürger mehr in die Verantwortung miteinzubeziehen, da sonst erst eine Gleichgültigkeit und später eine Verdrossenheit entsteht, da in der Politik, aus ihrer Sicht, alle nur

„Schaufensterreden“ halten“.

Den Vorwurf, „von denen da oben“, die sich sowieso nicht an das halten was sie einmal

„zum Beispiel bei Wahlkämpfen“

versprochen haben ist ja reichlich bekannt.

So schleichen sich dann Sätze ein wie:

„Wenn Wahlen etwas ändern würden wären sie schon längst verboten“.

Dennoch gilt der Grundsatz, und das sage ich ganz deutlich, der repräsentativen Demokratie, dass wir in unserer Gesamtheit als Kreistags-Abgeordnete alle kreisangehörigen Einwohner repräsentieren.

Dieser Kreistag ist eben das oberste Organ unseres Landkreises, der die rechtliche und politische Verantwortung dafür trägt, wie die Geschicke unseres Landkreises gelenkt werden.

Diese Entscheidungen müssen wir Eigenverantwortlich zum Wohle unserer Bürger treffen, die uns ja dafür das Mandat erteilt haben.

- Die Demokratie ist nicht einfach
- Die Demokratie ist streitig und es sollen die besten Ideen zum Zuge kommen.
- Die Demokratie lebt vom dem Wechsel der Mehrheiten.
- Die Demokratie braucht auch Bürger, die sich in Parteien finden und bereit sind Verantwortung zu übernehmen
- Die Demokratie benötigt auch neue Parteien die sich meistens Gründen, wenn ein Defizit im System vorhanden ist.
– und ich finde das ist gut so, bevor der Druck im Kessel zu hoch wird, und

dann??? -

Alles in allem

Gelebte Demokratie ist
"DIE HERRSCHAFT DES VOLKES"

Die Demokratie wird eben schon seit alters her als die beste Staatsform gepriesen, da sie in der Regel einen gesellschaftlichen Wandel sehr früh erkennt, bevor die Spannungen in einer Gesellschaft zu groß werden und sich ein Teil der Bürger nicht mehr vertreten fühlt.

Meiner Meinung nach:

- Ein effektives Frühwarnsystem - oder auch ein richtiges Alarmsystem.

Wenn wir jetzt an die Arbeit für die begonnene Legislaturperiode gehen, dann möchte ich

- Für die Pflege der demokratischen Kultur werben,
- Für eine Politik der Verständigung und Vernunft,
- Für einen Umgang in Respekt und Toleranz vor der Meinung des Anderen.

- Für einen streithaften Wettbewerb ohne Polemik, für die Ideen im Bemühen um den besten Weg, nicht aber um den Vorteil:
 - einer Partei
 - einer Fraktion
 - Oder auch womöglich auch einer Person.

Eine gute Demokratie kann man auch daran erkennen, wie die Mehrheit mit den Anderen umgeht.

Deshalb gilt auch der Satz des Vereins

„Bunt ohne Braun“
„Bündnis gegen Rechts eV“

den der Verein in dem Aufruf vom 27.04.2016 zur heutigen Mahnwache, die hier vor dem Eingang des Landratsamtes stattfindet im einem besonderes nachdenklichem Maße, die ich aber voll unterstütze.

Ich zitiere:

Meinungsfreiheit, Solidarität und Toleranz sind nicht verhandelbare Werte für eine gemeinsame Arbeit im Kreistag, die von allen Parteien eingefordert werden muss“. Ende des Zitats.

Nun muss ich aber noch sagen nachdem ich den Artikel im heutigen Darmstädter Echo gelesen habe, dieses Zitat gilt aber dann für beide Seiten in diesem Hause.

Alles staatliche Handeln - auch dieses Kreistages - hat die Freiheit und das Wohl aller unserer Bürger zum Ziel.

Aber auch unsere Medien sind an dieser Stelle aufgerufen für dieses Ziel publizistisch mehr zu tun.

Was wir sonst noch von den Redaktionen verlangen können ist, - wie es der Präsident des Verwaltungsrats der „Neuen Züricher Zeitung“ schon vor längerer Zeit gefordert hat –

„die Welt so darzustellen, wie sie wirklich ist und nicht so, wie sie jemand gerne hätte“.

Dier Bürger braucht die Ganze Reine Meldung, die Konsequenzen daraus sollte der „mündige Bürger selber treffen können.

Die Presse hat deshalb einen so hohen Rang in unserem Gemeinwesen, da nur die Presse in der Lage ist das Wissen und die Nachrichten so wie sie nun einmal sind an den Bürger zu vermitteln, damit dieser dann auch sein Wissen bei seinem Wahlrecht positiv und konstruktiv nutzen kann.

Mir ist bewusst, dass man immer mehr Aufgaben von Bund und Land aber auch von Europa an die Kommunen heranträgt, auf die ich im nicht näher eingehen möchte, aber nicht immer für den nötigen finanziellen Rahmen sorgt.

Die Kommunen geraten so immer mehr an ihre finanzielle Leistungsfähigkeit. So wird die kommunale Selbstverwaltung immer mehr eingeschränkt.

Immer neue Reglementierungen müssen umgesetzt werden und die Kommunen werden für Dinge verantwortlich gemacht für die sie ja eigentlich nicht verantwortlich sind.

Das Missachten von dem Konnexitätsprinzips aber auch des Subsidiaritätsprinzips,
frei übersetzt auf Deutsch

- „Wer bestellt, der bezahlt auch“

der andere Satz

- „zurück zu den kleineren überschaubaren Einheiten“,

hat zu diesen Folgen geführt und wir sollten diese Werte wieder anstreben- so würden die Fraktionen und die Mandatsträger in den Kommunen gestärkt und sie würden praktisch nicht zu

- „Statisten degradiert“.

Nun habe ich meine Eröffnungsrede auch damit verbunden mich Ihnen vorzustellen und Ihnen ein Teil meiner Gedanken, die meine politische Arbeit leiten, zu erklären. In dieser für uns alle schwierigen Zeit, habe ich mich nicht resignierend in mein Schneckenhaus zurückgezogen, sondern versuche soweit ich es kann, mitzugestalten.

Bitte Entschuldigen Sie, dass ich zeitweise so am Blatt gehangen habe, aber es war mir jedes Wort wichtig, und ich habe die Rede aufgrund der Aktualität mehrmals umgeschrieben.

So wünsche ich uns allen für die vor uns liegende Aufgaben, dass wir die an uns gestellten Herausforderungen erfolgreich zu verwirklichen für den Landkreis und damit seiner Bürger.

Meine Damen und Herren
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.